

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918
9 (1895)**

34 (9.2.1895)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-252455](#)

Norddeutsches Volksblatt.

Erscheint täglich
mit Ausnahme der Tage nach Sonne
und gesetzlichen Feiertagen.
Interate: die viergeschwerte Zeile
10 g. bei Biedermeier Rabatt.
Postzeitungsklasse Nr. 5059.

Organ für Vertretung
der Interessen des werkthätigen Volkes.

Abonnement
bei Borsabehaltung frei im Hause:
vierteljährlich 2,10 M
für 2 Monate 1,40 " "
für 1 Monat 0,70 "
excl. Postbestellgeld.

Redaktion und Expedition: Bant, Adolfstraße Nr. 1.

Inschriften-Ausnahme für die laufende Nummer bis spätestens Mittags 1 Uhr. Größere Inschriften werden früher erbeten.

Nr. 34.

Bant, Sonnabend den 9. Februar 1895.

9. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.

30. Sitzung vom Mittwoch den 6. Februar.

Am Tische des Bundesrats: Fürst Hohenlohe und Minns, v. Bötticher.

Auf der Tagesordnung steht zunächst ein schwungvoller Antrag Auer u. Goss (Soz.) auf Einleitungen eines gegen den Abg. Schmid (Frankfurt (Oe)) schwedenden Strafverfahrens, der debattiert angenommen wurde.

Albanski folgt die Bezeichnung der Interpretation des Abg. Dr. Hildebrandt und Dr. Sieber: „Welche gesetzlichen Bestimmungen in Ausführung der Kaiserlichen Gesetze vom 4. Februar 1890 in Bezug auf Arbeiterversammlungen in Rücksicht genommen sind, insbesondere ob Gesetzeswidrigkeit, betreffend Anerkennung der Berufskammern und Errichtung von Arbeitserkammern, baldig ist zu erwarten.“

Auf Beifragen erklärt sich Fürst Hohenlohe zur sofortigen Beantwortung bereit.

Sie Begründung derselben nimmt das Wort.

Abg. Hildebrandt (Bdte.): Am die Gesetze vom 4. Februar 1890 knüpften sich große Hoffnungen, welche sich auch wahrhaft erfüllt haben. Sie sind hinsichtlich des Arbeiterschutzes wenigstens mit in die Reihe der anderen Staaten getreten, welche gleiche Ziele in dieser Richtung verfolgen. Wie das Zentrum zum Aufzutreten der Arbeiterkammern und Unfallversicherung beigebracht hat, so auch zu dem verstärkten Arbeiterschutz. Wie abholz auf die Arbeiterschutzgesetzgebung, aber es zeigt jetzt eine gewisse Erhöhung der sozialpolitischen Eifer einzutreten zu sein. Wir bedauern das vor so mehr als die Umfangsvorlage, über die die Gläubige berichtet ist, daß sie die Arbeiter stunn machen soll. Wir aber wollen nicht hoffen, machen auf dem einmal festgestellten Wege zur Förderung der Arbeiter. Wie feuer und der Kaiserlichen Gesetze von 1890, und auch der Reichskammer, das sich ja in seiner programmatischen Rede ähnlich gehandelt. Aber wir wollen auch Thesen lieben. Heute wollen wir daher die Kameradschaft nur aus demjenigen Rahmen, der Botschaft lenken, von dem unsere Interpretation handelt. Es muß den Arbeitern wenigstens die gesetzliche Möglichkeit gegeben sein, um einer Organisation zur Wahlung ihrer Interessen bei Verhandlungen mit den Arbeitgebern.

Die Arbeitgeber empfinden das Bedürfnis nach Strebekosten, nach Hilfe der unverzichtbaren Arbeitsschutz, nach Arbeiterschutzmaßnahmen. So lange wie noch vor den gleichen Organisationen zusätzliche, müssen wir es wenigstens den Arbeitern ermöglichen, sich alle sozialen Organisationen selbst zu schaffen. Ich bin dies ja einer Konsequenz des Koalitionsredners. Auch gegen die Sozialdemokratie müssen die Arbeitgeber in der Lage sein, sich Eigenorganisationen zu schaffen.

Die Sorge, daß die Gewerbevereine der Sozialdemokratie in die Hand fallen würden, ist unverändert.

Das Unglück der heutigen Organisationspolitik ist es gerade, daß bei Ausbruch des Krieges, des Streiks, die Brüder fehlten, welche ihn beitreten können. Ich komme nun zu den Arbeiterkammern. Diese sind schon darum notwendig, damit wir wissen, was die Arbeitgeber überdrücken wollen.

Die Arbeitgeber haben ja ihre Befreiungen, die Arbeitnehmer haben sie ebenso nötig.

Was die innere Organisation der Arbeiterkammern anlangt, so würde es gut sein, sie auf den Arbeiterausschüssen in den einzelnen Fabriken aufzubauen, da man dann ihre speziellen Wünsche hören kann. Was die Kompetenz anlangt, so kann dieselbe nur eine gesetzliche und staatliche sein. Die Arbeitgeber müssen lernen, daß Selbstbehauptung der Arbeitnehmer zu schaffen.

Reichskammer Fürst Hohenlohe: Die von dem Interpellanten angeregte Frage, betreffend die Ausführungen der Kaiserlichen Gesetze, bestätigt fortwährend die preußische Regierung. Generell hat der Bundesrat aber noch nicht dazu Stellung genommen, in welcher Richtung die Lösung erfolgen soll. Eine Beantwortung der Frage,

ob baldigst eine Vorlage im Sinne der zweiten Frage erwartet werden würde, ist zur Zeit nicht möglich, weil die Vorarbeiten zu einer fahrbaren Reaktion bisher noch nicht geführt haben.

Mrs. Möller (Rott.): Wie sind in der Arbeiterversammlung seit vorangegangen, daß wir froh sein können, wenn alle anderen Staaten das erreicht haben werden, was wir erreicht haben. Die Sicherung gegen Arbeitsschutz, die Herr Hildebrandt wird überhaupt nur möglich sein in den engen sozialen und kommunalen Rahmen und gegen periodische Arbeitsschutz, wie sie an bestimmten Städten mit Regierungshilfe wiederholt. In den Arbeitsschutzgesetzen wird ja auch von der Sozialdemokratie nur die politische Macht angeführt. Wer in Zukunft den Arbeitsschutz in Händen hat, der wird auch die politische Macht haben. Deshalb bin ich auch ein Gegner dieser Organisationen, wofür dieselben nicht völlig von politischen Zwecken und Agitationen losgelöst werden. Grade von dem Gedanken, Arbeiterschutzmaßnahmen werden, in Zukunft die größten politischen Kampfe auslösen werden. Eine Arbeiterversammlung, wie sie Herr Hildebrandt ist, ist ein Wunder, denn die Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind dieselben. Nachdem schon die Gewerbevereine sozialdemokratisch sind, sollte man sich wohl fühlen, hierin weiter zu gehen. Richtig könnten Arbeiterversammlungen nur sein, wenn sie gemeinsam mit den Arbeitgebern organisiert werden. Hüten Sie sich von neuen Erweiterungen auf diesem Gebiete, durch welche Sie nur die Interessen der Arbeitgeber ausstellen würden, während die Arbeitnehmern neue Lasten auferlegen würden zum Nachteil auch für das Unternehmen der Arbeitnehmer. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Fischer (Bdte.): Von den Verhältnissen des Gesetzes ist ein geringer Druckteil erfüllt. Noch viel wichtiger als die Berufskammern steht die Berücksichtigung der Arbeiterschutz, Achtung des Gebotes der Stillzeit, Wahrung der wirtschaftlichen Achtung des Arbeiters und des Antrugs der Arbeitnehmer gesetzlich gleichberechtigt. Wenn man in den leidenden Kreisen wenigstens den guten Willen gehabt hätte, diese Verbesserung zu erhalten, so hätte man in dem einen kleinen Rahmen machen können. Statt dessen haben wir die Umfangsvorlage. Wenn jetzt das soziale Programm des Zentralverbands hergeholt wird, wo wir die Umfangsvorlage haben, die sich gegen die Sozialdemokratie richten, die Arbeitnehmer richten. Die Umfangsvorlage bedeutet weiter nichts als die Arbeitnehmer richten. Die Umfangsvorlage unter die Interessen des Kapitalismus und es ist deshalb ein, daß das Zentrum sich freudlich zu dieser Vorlage verhält. Wenn es sich um das Achtungserfordernis handelt, dann handelt der sozialistische Arbeitgeber ebenso wie der evangelische Arbeitgeber das Zentrum nicht wichtiger Fragen an der Seite herausgezogen, z. B. den Normalarbeitszeit, der doch aus Programms des Zentralverbands noch 1893 vertreten. Abg. Hildebrandt hat den offiziellen Normalarbeitszeit noch 1893 vertreten. Was hat das Zentrum den Arbeitern zu bieten? Keine sozialpolitische Kritik ist in der Vergangenheit völlig bedeutungslos. Wie wenig sie bedeutet, beweist der Umstand, daß in den dreißigen Arbeitstagen im Jahre 1892 15.000 Kinder täglich 12–14 Stunden gegen einen Tagelohn von 12–14 Pf. beschäftigt waren. Die ultramontanen und liberalen Bourgeois haben sich gegenständlich nichts vorgeworfen. Wir unterscheiden die Verhältnisse nach Auseinandersetzung der Berufskammern und Errichtung von Arbeiterkammern, erwartet allerdings von ihnen eine große Willenskraft. Gehen Sie den Arbeitern solche Koalitionsfreiheit, so verzichten wir gegen allen sozialpolitischen Kritik. Was sollen Arbeiterausschüsse unter Herren v. Stumm? Ich doch sogar ein Arbeiterausschuss werden, weil er der Konservierung des Ministeriums folge leistete und zu den Verhandlungen der Kommission für Regelung der Ausländer-Bestimmungen für die Sonntagsarbeit reiste. Wie weit die Garantien schon im deutlichen Stande stehen können, beweist das Beispiel der ehemaligen Waffenschmieden in Bremen, wonach die Mitglieder des Arbeiterausschusses während der Zeit ihres Einsatzes nicht entlassen werden können.

Vor mehreren Jahren konnte man noch glauben, daß die schönen

Reden vom sozialen Königthum Bedeutung haben würde. Minnes v. Bötticher, der allen Arbeitern mit gleicher Leidtragungsgabe, eine hohe Witterung für die Stimmung in den oberen Kreisen hat, erklärte vor nicht langer Zeit, daß es nicht angenommen sei, sozialdemokratische Organisationen zu fördern. (Herr! hört! bei den Sozialdemokraten) Das soziale Königthum war vor der Alternative gestellt: Entweder König der Bettler und Arbeiter oder der Reichen und Kapitalisten. Das soziale Königthum hat kapituliert zu Gunsten des Kapitalismus. Unternehmern sollten die Staatsbediensteten sein. Wirtschaftsbetriebe sind, so geworden für die kapitalistische Ausbeutung und Kreuzigung. (Unruhe). Zeugen etwa die vielen Arbeiterversammlungen aus kapitalistischen Altersgruppen von sozialer Weise? Man spricht immer nur unten, Direktoren sind noch nie entlassen worden. Auf dem Ringierbahnhof in Spanien gab es 50 Arbeiters entlassen worden im Alter von 50–59 Jahren, weil sie breitwurig geworden waren. (Herr! hört! bei den Sozialdemokraten) Wenn sogar am Fuß und Beilage im königlichen Schloss geschah, was soll man da von den anderen Unternehmen erwarten? Wenn Mrs. Möller die Arbeiterschutzmaßnahmen der Arbeitern angreift, so hat er vergriffen, daß die von Unternehmern geleiteten Arbeiterversammlungen lediglich das Interesse der Unternehmertum verfolgen und jeden einer Vereinigung, auch einer nicht sozialdemokratischen Vereinigung angehörenden Arbeitern, zurücktreten. Wie kann Herr Möller den Gewerbevereinen und Arbeiterschutzmaßnahmen politisch Unterstützen vornehmen, er, der i. d. R. beim Mandat einem sozialen Parteigebiete verhakt, das zur Angstgeisterklärung der Wahl läuft. (Unruhe bei den Nationalliberalen, lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten) Die Sozialreform der Reichspostverwaltung ist ja auch bekannt genug. Es wird Ihnen ebenso unangenehm sein, unsere Partei aus dem Staatsbetrieb auszuschließen, wie es unangenehm ist, daß aus dem königlichen Schloss ausgeschlossen. Heute gaben die Grundlagen von Putzmann, Körner, Stumm. Mit solcher Politik macht man aber nur für uns Propaganda, da durch auch dem Bürgertum die Augen geöffnet werden. (Beifall bei den Sozialdemokraten)

Minister v. Berlepsch: Der Vorredner war süßlich demütig, die Arbeitnehmer wohlbeminderte Verhinderungen einzunehmen. (Beifall recht.) Die Verfolgungsfurcht der Sozialdemokratie ist wiederrecht deutlich zu Tage getreten und hat der Regierung die Frage nahe gelegt, ob gegen dieses Verbrechen nicht Verhängungsmaßregeln zu treffen seien. Alles, was bisher für die Arbeitnehmer geschieht ist, wird von den Sozialdemokraten in verdächtiger Weise angesehen; gleichzeitig verstecken es diese Jünger, ihnen ergebene Personen in gut besetzte Stellen zu bringen, welche durch die soziale Gefangenschaft gefangen sind. Es ist durchaus unbedenklich, wenn der Regierung in der bekannten geschäftsmäßigen Weise gefragt wird, wie viele nur Kommunisten für das Unternehmen sind.

Abg. v. Hardorff (Rott.): Die Regierung wird sich den Dank aller Wohlgemeinten erwerben, wenn sie nicht den obligatorischen Arbeiterschutzmaßnahmen aufnimmt. Unsere Gewerbevereine haben, wie die englischen Trades Union, eine stark ausgesprochene sozialdemokratische Tendenz. Die Bestrebungen der Herren Hildebrandt haben doch oft nur die praktische Wirkung, daß der Sozialdemokratie Lauten von neuen Mitgliedern zugespielt werden. In der Arbeiterindustrie gefährdet die Unternehmertum, eben, daß sie höher Zölle nicht geben können wegen der Zölle, welche die Sozialgefechtung ihnen auferlegt. Ich würde dieser Geschäftswelt nicht zugestimmt haben, wenn ich die Aufsicht des Sozialministers nicht hätte vornehmen können. Eine Organisation, wie sie der Antrag Hildebrandt vorstellt, hätte ich nicht für unökonomisch gehalten. Hierauf wird ein Votationsantrag angenommen.

Die Frau der Nr. 4237.

Bon Sophie Kropotkin. Aus dem Französischen von R. Berg
4. Fortsetzung.

Nachdruck verboten.

„Lieber Vater! Bester Vater!“ Mit diesem Ruf sank Julie vor dem Leichnam nieder, den sie mit Küschen bedeckte. Jean mußte sie mit Gewalt vom Platz befreien.

Julie preßte ihre heiße Stirn an die Scheiben, als sie sich an jene schrecklichen Augenblicke erinnerte. Schließlich nahm sie den Faden ihrer Erinnerungen wieder auf.

Ein Monat war seit dem Tode des Vaters vergangen und Julie, welche in jener Zeit schwer krank darniedergelegen, war höchst hergerichtet, daß sie sich Beschäftigung suchen konnte.

Es war die höchste Zeit, denn die Not war auf's Höchste gestiegen. Jean hatte seinen Militärdienst ange treten und konnte für Juliens frakte Mutter nicht mehr sorgen.

Eine Cousine Jean's riet Julian, sich nach der Stadt zu begeben, wo sie sicher Beschäftigung finden würde. Sie fand eine Stelle als Spulerin und arbeitete mit Jean's Cousine in einer Fabrik.

Der Abchied von Jean war ein schwerer.

„Du wirst mich während meiner Abwesenheit nicht vergessen“, hatte er gefragt, „das eine Jahr wird hingehen, habe deshalb Geduld. Wenn ich zurückkomme, werden wir heiraten, ich werde redlich für Dich sorgen, Liebe, und Du wirst dann alles vergessen, was Du bis jetzt er duldet hast.“

„Kaum Du mir untreu wirst, Julie, Du weißt, daß ich dann zu allem fähig bin, ich wäre im Stande, Dich und auch mich zu tödten.“

„Warum spricht Du so? Du kennst mich noch nicht. Sie getroffen bin und sehe recht bald wieder zurück. Deine Julie wird Dich erwarten. Hüte Dich aber, daß Dein heißer Kopf Unheil anrichtet. — Ich könnte es nicht überleben, wenn Dir etwas Schlimmes widerfährt.“ Unter solchen Gesprächen zog der Tag des Abschiedes hin.

Es war ein schweres Jahr, was Julie durchzumachen hatte. Viele Stunden mußte sie täglich in dem engen alten schmiedeligen Werkstatt unangetastet arbeiten. Es war ein Sündenland, wofür sie sich 12 Stunden abmühte, 40 Sous (das sind 1,60 M.). Sie mußte die im vorderen Rden und Anerbieten des Prinzipalsohnes anhören, um nicht auf das Strafenvorplaster gefetzt zu werden, doch bei der schlechten Behandlung dachte sie immer an Jean's Worte, an die Briefe, die er geschrieben, und an ihre alte frakte Mutter. Sie blieb makellos trotz aller Anfechtungen, die an sie herantraten.

Endlich war Jean's Dienstjahr abgelaufen. Es war zurückgekehrt und ein Leben voller Glück begann für die Drei. Julie durfte nicht mehr in der Fabrik arbeiten, denn Jean öffnete geschickte Hände zum ausreichenden Lohn erwarten, hatte geschildert gefordert, daß sie sich erhöhe und nur für die frakte Mutter sorge.

So ging ein Vierteljahr dahin, kein Schatten trübte das Glück der jungen Leute und doch wurde auf einmal alles so grauamt zerstört.

Julie schauderte, als sie an jenen Abend dachte, an dem man ihr mitteilte, daß die Polizei ihren Mann arreirte, weil er im Streit mit ihrem früheren Fabrikdirektor das M. her auf diesen geschickt hatte.

„Jean, Jean, warum hattest Du das gehabt, murmelte Julie traurig. Wie wären wir ohne diese ungeliebte That glücklich gewesen.“

Kurz nachdem sie die Unglücksbotschaft vernommen, trat die Cousine Jean's mit einem Kind im Arm in die Thür. Es war das Kind ihres Verführers, des Direktors der Fabrik. Der Elende hatte sie verführt und dann treulos verlassen.

Julie hatte die Unglückliche gebeten, Jean's Entlassungzeugnis zu sein und den Richtern die Schandtaten desjenigen zu erzählen, auf welchen Jean das Mäher geküßt hatte.

Der Tag, an welchem Jean vor die Richter geführt wurde, kam heran. Im Sudocerraum des Gerichtsaales standen gleichaltrige Menschen, welche sich hier Stoff zum Klatschen suchten. Jean's Cousine saß bleich und zitternd auf dem Zeugentwurf. Jean auf einer anderen Bank zwischen zwei Polizeibeamten. Ihm gegenüber sahen der Richter und der Staatsanwalt, letzterer zeigte wütende Männer, weil er hörte mit seinem Antrage, eine achzehnjährige Kindsmörderin sechs Jahre auf's Zuchthaus zu schicken, nicht durchkommen war.

Mit ruhiger Stimme setzte Julians Gatte kurz in die Schwere auseinander. Was kommt er weiter sagen, als daß er der Vertheidiger seiner Cousine gewesen, daß er auf den gewissenlosen Schuft mit dem Messer losgegangen, weil dieser seine Cousine verführt und dann treulos verlassen habe.

Der Staatsanwalt ließ nun eine lange Rede vom Stapel, in welcher er über die Sittenlosigkeit der arbeitenden Klasse schimpfte und die Wohlhandlung und Verdrebung sowie des Bürgertums, welchen Jean bei seiner Festnahme bewiesen, als grobe Vergehen hinstellten bemüht war. Er bat schließlich die Richter, den Angeklagten mit fünf Jahren Zuchthaus zu bestrafen.

Jean wurde zu drei Jahren Zuchthaus verurtheilt. (Fortsetzung folgt.)



Der Reichstag setzte gestern die Besprechung der Interpellation Hys fort. Zunächst befürwortete der freisinnige Volkspartei-Schreiber Abg. Rettich bestmöglich. Nach diesem sprach Abg. Rööske, der aus dem Siebenpost in Berlin bekannt ist und aus diesem auch hinsichtlich der Arbeiterorganisation etwas gelernt zu haben scheint, denn er befürwortete die Sicherstellung der Berufsvereine sehr warm und trat dem König Stumm, der jede Arbeiterorganisation verweist, scharf entgegen. Wäre Herr Stumm mit seiner Fabrik in Berlin, so würde er gewiss nicht zu sagen wagen, er habe keine Sozialdemokraten in seinem Betriebe, meinte sehr treffend Herr Rööske. Auch halte er es nicht für ein großes Zeichen von Nutz, wenn Herr Stumm es thue, vorschreiben wolle, was sie leien, wann sie heirathen dürfen u. s. w. König Stumm war darüber natürlich sehr erfreut und zollte dem Herrn Rööske damit hinzu, daß er ihm saute: Mit einem Arbeitgeber, der, wie Herr Rööske, von Herrn Singer sich habe zur Kapitulation zwingen lassen, dissierte er nicht mehr, was natürlich ein homöopathisches Göscher auf der linken Seite hervortrieß. An der Debatte beteiligten sich noch der Abg. Vieker (S.), der erklärte, daß das Zentrum mit dieser Interpellation zum Ausdruck bringen wolle, daß mit der Bekämpfung des Umlaufs positive Sozialreform gleicher Schritt halten müsse. Von sozialdemokratischer Seite sprach Abg. Möller-Waldenburg. Die Debatte kam nicht zu Ende, sondern mußte vertagt werden.

Aus den Reichstagskommisionen. Die Staatskommision bewilligte die zweite Rate für das Kaiser-Wilhelm-Denkmal. Minister v. Bötticher erklärte, ein neuer Entwurf sei in Ausarbeitung begriffen, dessen Kosten 4½ Millionen nicht überschritten. Abg. Singer regte die Errichtung eines Reichsinstituts zur Überwachung des Schiffbaus an. Minister v. Bötticher erwiderte, zunächst sollte von der staatlichen Kontrolle des Schiffbaus absehen werden. — Die Zollkommision nahm einen Antrag Stumm an, wonach Augeln in den Grenzbezirken bis 1. Juli 1901 polizei eingulassen sei. Die Kommission nahm weiter die Zollerböhung auf Baumwollseiden an. Ueber eine vom Abg. Freie gezeigte Anregung, Rohöl zu dem bisherigen Zolllage einzuführen, wird am Sonnabend beraten werden. — Die Rechtskommision lehnte den Antrag Kunkel, die Prechtkommission vor die Schwurgerichte zu verweisen, ab.

Zur Umlaufvorlage bemerkte die "Nat.-Abg. Korr.", daß in einer Lösung angenommene Fassung des § 111a (Verbreitung von schadhaften Handlungen) auch den Nationalliberalen ungünstig erscheine. Gegen die Formulierung der ersten Lösung ist derselbe Einwand zu erheben, wie gegen die des Entwurfs: daß ein derartiger Paragraph die hier in Betracht kommenden Ausbreiterungen der sozialdemokratischen Agitation nicht vollständig treffen, aber die berechtigte Freiheit der wissenschaftlichen Beurtheilung und künstlerischen Darstellung einschränken würde. Der Paragraph wird keinesfalls sobleiben! Unbedingt verthaten die Herren immer deutlicher, was sie wollen: ein Ausnahmegericht gegen die Sozialdemokratie. Nicht bestimmte Handlungen als solche sollen bestraft werden, sondern nur, wenn Sozialdemokraten sie begehen. Andere sollen dieselbe That ungestraft begehen können.

Das Unglück der "Elbe" wird demnächst im Reichstage behörden werden. Wie die "Kreuzzeitung" nämlich meldet, haben die Abgeordneten v. Stumm und v. Manteuffel, unterstüzt von ihren Fraktionsgenossen, die nachstehende Interpellation eingebracht: „Beabsichtigen die verbündeten Regierungen, Maßregeln zu ergreifen, um den durch den Untergang von Seeschiffen verursachten Verlust an Menschenleben mehr als bisher zu verhindern?“

Die Württembergischen Landtagswahlen haben für unsere Partei eine Vermehrung der Stimmen auf fast das Dreifache gegenüber der vorigen Wahl gebracht, nämlich von 10 641 auf über 29 000. Definitiv gewählt ist zwar bisher keiner der sozialdemokratischen Kandidaten, doch kommen fünf derer in die Wahl, von denen drei Aussicht auf den Sieg haben, wenn nicht etwa die volksparteilichen Wähler kommt und sonder in das Lager der Reaktion überschreitet. — Die Städtewahl findet für Stuttgart-Amt, Aalen, Ulm-Amt, Heilbronn-Amt, Überarbeit, Rottweil, Cannstatt, Ehingen, wie vermutlich für alle übrigen Bezirke im Vorde auf Dienstag den 14. d. M. anberaumt, die Stichwahl für Stuttgart-Stadt findet dagegen am Freitag den 15. d. M. statt. Durch diese Ankündigung eines späteren Termins für Stuttgart-Stadt, bemerkt die "Schwäb. Tagwacht", werden sich die Herren von der Deutschen Partei die Wahlen im Land zu nahe zu machen suchen, wesentlich lassen sie es für dieses freundliche Entgegenkommen auch an der schwäbischen Danzhafe noch oben nicht fehlen.“

Den Duellfreunden will das Zentrum die Freude an der Umlaufvorlage noch etwas mehr versetzen. In der Umlaufkommision hat der Abg. Radbyl (S.) in dem Abschnitt des Strafgesetzbuchs, der von dem Zweikampf handelt, eine Reihe von neuen Anträgen gestellt. Darnach soll zunächst statt Gefangenshaft durchweg Geldstrafe gesetzt werden. Herren sollen mehrere Paragraphen, welche für gewisse Fälle Strafmilderung oder Straffreiheit festlegen, aufgehoben werden. Dagegen soll im Abschnitt über die Körperverletzung, § 223a, folgenden Zusatz erhalten: „Zugleich ist im Falle der erkennlichen Beurtheilung wegen Körperverletzung, wenn dieselbe in einem Zweikampf begangen ist, auf fünfjährige

Unfähigkeit, ein Staatsamt zu besiedeln, und bei der wiederholten Beurtheilung wegen Körperverletzung im Zweikampf auf dauernde Unfähigkeit, ein Staatsamt zu besiedeln, zu erkennen.“ Findet aber die Beurtheilung wegen einer im Zweikampf begangenen Körperverletzung statt, so ist die Annahme von mildrenden Umständen ausgeschlossen.“ § 231 folgenden Zusatz: „Ist jedoch die Körperverletzung im Zweikampf erfolgt, so darf auf Geldbuße nicht erlassen werden“, und § 232 (nach welchem die Strafverfolgung wegen leichter bzw. fahrlässiger Körperverletzung nur auf Antrag des Belegten erfolgt: „Eines Antrages bedarf es nicht, wenn die Körperverletzung im Zweikampf erfolgt ist. War jedoch der Antrag in diesem Falle nicht, so ist die Annahme unzulässig.“ § 233 (Widrige Strafen oder Strafausdehnung bei leichter Körperverletzung oder wegen Kompensation) soll folgenden Zusatz erhalten: „Vorliegende Vorrichtung findet keine Anwendung, wenn die Körperverletzungen im Zweikampf erfolgt sind.“ — Zum § 112 des Militärstrafgesetzes wird schließlich beantragt, wenn auf Dienstkleidung erkannt wird, auch auf Unfähigkeit zur Bekleidung eines Staatsamtes zu erkennen.

Der Antrag Raniz in seiner neuen Form löst die Absicht einer unerhörten Broderheuerung mit aller Deutlichkeit beseitigen. Er will die Mindestpreise des Getreides nach dem inländischen Durchschnittspreise der Periode 1850—1890 bemessen. Nur ergibt die preußische Preistratistik, daß im Durchschnitt dieser 41 Jahre in Preussen sich der Preis für Weizen auf 203,85 M. für Roggen auf 159,51 M. (abgerundet 204 M. bzw. 160 M.) pro Tonne stelle. Auf diese Höhe mindestens sollen nunmehr die Preise für die gesammelten Weizen- und Roggengemenge gebraucht werden, welche im deutschen Zollgebiet verbraucht wird. Denn wenn auch eine unmittelbare Festsetzung des Verkaufspreises seitens des Reiches nur für ausländische Getreide stattfinden soll, so würde doch die vollständige Fernhaltung der ausländischen Konkurrenz bis zu diesem Preise es auch im inländischen Getreide ermöglichen, das auf denselben Preis zu standzu kommen. Da in der leichter vergangenen Woche z. B. an der Berliner Börse für am Platz verfügbaren Weizen solo Lieferungsqualität 136 M. pro Tonne, für Roggen unter den gleichen Bedingungen 113 M. bezahlt wurden, so bedarf es nicht der Antrag Raniz einen Preiszuflug zu dem gegenwärtigen Weizenpreise von 68 M. und zu dem gegenwärtigen Roggenpreise von 47 M. Schön der gegenwärtige Preis stellt sich bekanntlich in Folge des Getreidezuflusses um 35 M. höher als der Preis auf dem freien Weltmarkt (in Amsterdam wurde z. B. am 26. v. Mts. Weizen mit 92,2 M. Roggen mit 74,4 pro Tonne notiert). Die Annahme des Antrags Graf Raniz würde bei den gegenwärtigen Preisen gleich kommen einer Erhöhung des Zolls für Weizen von 35 M. auf 100 M. und für Roggen von 35 M. auf 80 M. pro Tonne. Vergleicht man die im Antrag Raniz vorgesehenen Minimalpreise mit den gegenwärtigen natürlichen Preisen auf dem freien Weltmarkt, so würde der Antrag Graf Raniz in Verbindung mit dem schon bestehenden Getreidezuflug eine Bevölkerung des Weizens von 101 M. auf 204 M. des Roggens von 78 M. auf 160 M. herbeiführen. Die gegenwärtigen, allerdings ungewöhnlich niedrigen Preise für polizei Weare würden also durch das Zusammenwirken dieser Aufschläge mehr als verdoppelt werden!

Der Dultenfeuer ist unter die Professorien gefahren. Seit Professor Wagner so reizendestenantig war, die Forderung des christlichen Missionaristischen Stium wenigstens bedingt anzunehmen, sind die Kollegen des Herrn Wagner rein radikal geworden. Herr v. Raumann zum Beispiel hat Herrn Schmöller vor die "Pistole" geladen; dieser hat aber gedankt, und meint sicherlich, jeder Eisl könnte ein Loch in die Luft oder — was ein noch geringerer Schade — in einen anderen Eisl schießen; jedoch ein Buch zu schreiben, sei etwas Anderes.

Ein Preßbeläbigungsprozeß wurde am Dienstag vor dem Berliner Landgericht gegen den Redakteur der "Berl. Zeitung", Wissberger, wegen einer Besprechung des Kravalls in Romawes im Februar vorigen Jahres, verhandelt. Die damalige Darstellung ging dahin, daß der Gendarmerie Preuß bei der Bevölkerung eines ihm entstießenden Exzideren in die Wohnung des Malers Bergmann eingedrungen und dort in der Betrunkenheit die Sache sehr rücksichtlos unter verschiedenen Sachbeschädigungen befreite habe, und als sich dann ein Menschenlauf bildete, auch gegen diese offenbar vorgegangen sei, geschossen und mit dem Säbel hineingebaut habe; dadurch erst sei die Menge selbst erregt worden. Der Gendarmerie Preuß bestreitet, betrugen gewesen zu sein, er sei nur durch die Flucht des Verhafteten erregt gewesen und sei dann gleich auf der Straße bedrängt worden. Gendarmerie George sagte aus, daß er und die anderen Beamten Preuß zu Hilfe kamen, weil der Kravall sehr groß war und Preuß stark bedroht wurde, auch selbst schon verwundet war. Schließlich äußerten sich die anderen Beamten, die bestreiten, daß Preuß betrunken war, während Privatpersonen ihn wie einen Betrunkenen die Straße entlang taumelnd gehen lassen wollten. Der Gerichtshof erachtete den Wahrheitsbeweis nicht gesetzt; allerdings deken sich die Zeugenaussagen nicht, der Gerichtshof folgte jedoch den Wahrnehmungen der Zeugen, welche die Trunkenheit bestreiten. Das Urteil lautete auf 200 M. Geldstrafe.

Die Lage der Dinar in Deutsch-Ostafrika wird sich der Reichstag bei Beratung des Kolonialelets besonders genau ansehen müssen. Der Stot für dieses Gebiet fordert gegen das Vorjahr eine Sicherung des Reichszuschusses von 3 370 000 M. auf 3 700 000 M., also um 330 000 M.; der Bedarf für die Militärs-

waltung ist allerdings um 25 960 M. niedriger angelegt, indeß ergiebt die Herausministerierung in einem etwas anderen Lichte, wenn man vernimmt, daß die Schäfer für die vorliegenden Soldaten um 100 000 M. geringer als im Vorjahr veranschlagt sind, „da die Lebenszeit herabgesetzt werden können“. Ohne diese Lebensverkürzung auf Kosten der Schwarzen würde der ostafrikanische Militärcrat also, ganz wie derzeitige im Mutterlande, wiederum eine Erhöhung aufwiesen und diese würde zum größten Theil konzentriert werden durch die Vermehrung der Ausgaben für Expeditionen und Stationen“, welche im kommenden Staatsjahr 350 000 M. gegen 305 000 M. im Vorjahr, also 45 000 M. mehr, angelegt sind. Zug der Äußerungen des Herrn Dr. Kohler auf dem Hamburger Banquet scheint ebenfalls beachtigt zu sein, im kommenden Jahre die „Expeditionen“ noch auszudehnen und zu vermehren. Ob die Mehrheit des Reichstages geneigt sein wird, der Reichsregierung auf diesem Wege zu folgen, erscheint aber um so fraglicher, als der eben zur Verabschiedung gelangte offizielle Bericht über die vielversprochene Expedition des Gouverneurs v. Schele gegen die Baganda durchaus nicht geeignet ist, für die Rücksicht und Zweckmäßigkeit solcher Kriegszüge Stimmung zu machen. Sogar ein sonst sehr kolonialfreudliches nationalsozialistisches Organ der Hauptstadt schüttet ernstlich den Kopf über den Zug des Herrn von Schele, dessen Zweck um so unerwünschter werde, je vollständiger man die Berichte über die zahlreichen und für die Schutztruppe so verlustreichen Kämpfe vor sich habe. Dazu kommt, daß die angeblichen „Siege“ des Herrn von Schele sich, genau desehen, sehr widerlich ausnehmen, und daß die schleunige Heimkehr, die der Gouverneur trotz seiner „Siege“ für zweckmäßig erachtete, kaum gerechtfertigt ist, den Respekt der „Besiegten“ vor der deutschen Schutztruppe in's Kraut schicken zu lassen. Immer mehr stellt sich die von Bismarck inaugurierte Kolonialpolitik als das heraus, was sie ist, eine Vergeudung der Mittel des Volkes zum Vorteil einiger Anderer, und als ein wahren Hob auf die Kräfte von der Verbreitung der „Humanität und Zivilisation“ unter den „Barbaren“.

Vom konfessionellen Kriegsschauplatz. Aus dem Kreise Dr. Starck in Westpreußen wird gemeldet: Im vorjährigen Jahre wurde der Vikar von Villau von der Strafammer zu Pr. Starck auf 100 M. Geldstrafe verurteilt. Er hatte, als er den katholischen Pfarrer in Garzow vertrat, die katholische Heirat eines evangelischen Arbeiters erlaubt, weil sie sich evangelisch batte trauen lassen. Auf ihr Biten und mit Genehmigung des Bischofs nahm er sie jedoch wieder in die Kirchengemeinde auf. Dabei beschreibt er folgende Form: Eines Sonntags nach der Predigt verkündigte er den Sachverhalt der versammelten Gemeinde, trat dann mit einem alten Wandschalenglas (Seibelsch) zu der in gegenseitigen Umhängen befindlichen Frau und versehete ihr unter Ablesen von Psalmen mit der heiligen Geißel etwa ein Dutzend Schläge. Der Ehemann fühlte sich hierdurch bestellt und stellte Strafantrag. Die Frau wurde infolge der ihr widerfahrenen Behandlung gemithäftet. Der Gerichtshof erkannte auf die erwähnte Strafe. Gegen das Urteil legten sowohl der Angeklagte, als auch der Staatsanwalt Revision ein. Ersterer verlangte Freispruch, letzterer die Anwendung des § 223 des Strafgesetzbuchs, welcher lautet: „Wer vorläufig einem Anderenkörperlich mishandelt oder an der Gesundheit beschädigt, wird wegen Körperverletzung mit Gefängnis bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bis zu tausend Mark bestraft“. Das Reichsgericht hat die jüngste Revision verworfen.

Eine Durchsuchung nach sozialistischen Druckschriften wurde, wie unser Fürther Bruderorgan mitteilte, in den dortigen Artillerieferäder vor genommen.

Oesterreich-Ungarn.

Prag, 5. Febr. Der Landtag nahm einen Antrag an, in dem die Regierung aufgefordert wird, die Ausarbeitung eines Planes für die Schiffsbarmachung des Hafens von Prag bis Melnik und der Elbe von Melnik bis Aufz zu beschleunigen und den notwendigen Aufwand in verhältnismäßigem Wege in nächster Zeit zu beschaffen.

Brünn, 5. Febr. Der Gelehrtenrat über Einführung der zweiten Landessprache an den Realshulen wurde mit der Aufforderung an die Regierung, die Einführung der zweiten Landessprache als obligatorischen Lehrgegenstand auch an dem Gymnasium zu erstreben, einstimmig angenommen.

Belgien.

Ültich, 6. Febr. In dem Anarchistenprozeß spielt sich gestern ein sensationeller Zwischenfall ab. Als der Staatsanwalt mit seiner Duplit beginnen wollte, sprang der Witangelsfrage Müller, auf dessen bestätigte Ansage sich die ganze Anklage des Staatsanwalts stützte, auf und rief: „Ich will nicht unschuldige Leute laufen, ich habe Alles erlogen. Ich habe allein, und zwar auf Anklagen des Russen, die Attentate verübt. Bei Soltau wurde die Attentate nicht verübt. Bei Westphal hat die bei Remsien geleiste Bombe nicht hergestellt und nicht gelegt. Wile, Westphal und Boris waren an dem in Chemnitz verübten Diebstahl von Dynamit und Zünden nicht beteiligt. Ich allein bin für das Attentat der der Fabrikarbeiter verantwortlich. Berg, Bergkist und Boris waren nicht dabei. Arnold und Leblanc waren nie Anarchisten.“ Dieser Entschuldigungen folgte ein großer tumult. Der Staatsanwalt erklärte, nicht weiter plaudern zu können, er vermutete, daß eine Republik des Protests nötig werden würde. Der Präsident verlegte hierauf die Sitzung auf Donnerstag.

Amerika.

Newyork, 6. Febr. Unter die Handlungswieise des Präsidenten Cleveland, der zur Bewältigung des Streiks

der Angestellten der Tramwaygesellschaft Militärtruppen nach Chicago gefordert hat, herscht allgemeine Erbitterung. Nach Gouvernement Altgeld von Illinois beschlägt sich in seiner Jahresbotschaft darüber und sagt u. A.: „Wenn der Präsident noch seinem Belieben sofort Truppen in irgend eine Stadt oder irgend ein Dorf im Lande senden kann, wenn es ihm beliebt, unter dem Vorwände, daß er irgend ein Gesetz zur Ausführung bringen will, dann gibt es, da doch keine Anzahl, d. h. sein Belieben, das einzige Kriterium ist, keinen Unterschied in dieser Beziehung zwischen der Macht des Präsidenten und der des Kaisers Wilhelm oder der des Zaren von Russland. Keiner von diesen Potentaten beansprucht mehr.“ Im Weiteren beweist Altgeld, daß der Präsident seinen Anschluß an seinem Vorgänger hatte. Das darum die Aufruhr im Publikum keine geringe ist, ist also nicht zu verwundern, und ebenfalls nicht, wenn sich dasselbe bei vorkommenden Wahlen dieser Handlungswelt des Präsidenten erinnert.

Newyork, 6. Februar. Die Unruhen in Brooklyn wegen des Tramwaykriegs waren gestern Abend heftiger denn je. Bei dem Abmarsche der Militärtruppen griff die Menge die Tramwaywagen an und mishandelte die neu Angekommenen. 30 Verhaftungen wurden vorgenommen. Die Militärmacht steht jederzeit dem Kapital zur Verfügung, nie aber den Arbeitern zur Abhilfe auch der befreitgestellten Beschwerden. Das erzeugt natürlich Erbitterung.

Australien.

Sidney. Ein Fortschritt in der Frauen-Emanzipation ist in Australien zu verzeichnen. Dem von Neu-Seeland gegebenen Beispiel ist nun auch Südaustralien gefolgt, wo die Vorlage, welche das Wahlrecht auf weibliche Personen ausdehnt, dieser Tage die parlamentarische Sanktion erhalten hat. Das südaustralische Gesetz unterscheidet sich jedoch in einem wesentlichen Punkte von dem in Neu-Seeland geltenden. Denn während in Neu-Seeland der weibliche Theil der Bevölkerung ausgenommen bei Gemeindewahlen, ausschließlich das aktive Wahlrecht besitzt, können in Südaustralien Frauen künftig nicht allein wählen, sondern sich selbst auch als Kandidatinnen aufstellen lassen.

Aus Stadt und Land.

Bant, 8. Februar. Wie bereits erwähnt worden ist, fand Morgen Abend in der „Arche“ eine öffentliche Bürgerversammlung statt. Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Tagesordnung (Siehe Inserat in heutiger Nummer) ist es dringend geboten, daß sämmtliche Gemeindemitglieder in dieser Versammlung erscheinen. Von Seiten des Bürgervereins Bant wurde in der geläufigen Abend stattgehabten Monatsversammlung folgende Landesdaten für den am Sonntag, den 17. Februar stattfindenden Kirchenratswahl aufgestellt: Richter-ausschuß; G. Steudling, Maurermeister; G. Burrow, Arbeiter; G. Dicks, Schiffszimmermann; F. Schubmacher, Werkführer; G. Gerkes, Zimmerer; Aug. Grulich, Arbeiter; G. Garstenen, Metzger; H. Müller, Schiffszimmermann; Kirchenrat: W. Frechland, Tischler-Worabauer; G. Starke, Arbeiter; F. Kirsch, Schlosser; H. Haarmann, Schmied; A. Garstenen, Tischler; L. Ringe, Maler; H. Janzen, Sattler. Diese Liste soll der öffentlichen Bürgerversammlung in Borsiglaz gebracht werden, da dieselbe deren Zustimmung noch bedarf. Da dieser Veranlassung wurde auch wieder über den lebhaften Lehrermangel in unserer Gemeinde lebhafte Klage geführt. Man gab der Hoffnung Raum, daß diesem Lebelstand möglichst bald abgesehen werde. Daß die Trotzlos und sonstigen Flüsse wege bei den herrschenden Gläubern nicht genügend mit Sand oder Asche bestreut werden, sei wohl dem Umstand zu verdanken, daß die Mehrzahl der Anlieger erst durch Schaden lag gemacht werden müßten. Die Errichtung einer Befreiungsanstalt auf bzw. bei dem Marktplatz betr. soll dem Gemeinderath noch einmal zur Gewogung anheim gegeben werden.

Bant, 8. Februar. Steuerabebungstermine. Die Schulnot Neubremen hat zur Hebung der Schulumlage 2. Halbjahr 1894/95 auf den 9., 11. und 12. Februar von Morgen 9—1 Uhr in der Wohnung des Schulrechnungshofes Herrn Latann Termin angezeigt. Geboten werden 75 Proz. der Einkommensteuer. — Die katholische Schule Bant-Heppens-Neuhude hat ebenfalls einen Hebungstermin für die Schulumlage, 2. Halbjahr 1894/95 anberaumt und zwar auf den 13. Februar von Nachmittags 2 bis Abends 7 Uhr. Der Termin findet statt in der Wohnung des Schulpräses Herrn Robert de Boer, Neue Wilhelmshavenerstraße 69. Daß diese Hebungstermine angesichts der Arbeitslosigkeit der Baugewerber glücklich und rücksichtsvoll sind, kann man gerade nicht behaupten.

Bant, 8. Februar. Der „Wih. Anzeiger“ meldet eine Ermäßigung der Fleischpreise an, da auf den größeren Märkten das Angebot von Fleisch in seinem Verhältnis zur

Nachfrage stehe. Besonders macht sich der Preisfall beim Rindvieh- und Schweinemarkt bemerkbar. Es ist das eine sehr angenehm klingende Vorhaben, jedoch in Anbetracht der Schärfe der Schlachter, die Preise zu halten, fehlt uns der Glaube an deren baldiger Erfolg.

Wilhelmshaven, 8. Februar. Am Mittwoch, den 20. d. Ms., findet auf der f. Weist eine Auktion nicht mehr verwendbarer Inventarien und Materialien, als Präzesse, Boote, Werkzeuge, Fässer, Kisten, Filz, Leder u. s. m. statt.

Wilhelmshaven, 8. Februar. Der Regierungspräsident zu Aachen erläutert folgende, die schiffahrende Bevölkerung interessierende Bekanntmachung: „Nach einem Gelece vom 11. November 1892 sollte in den vereinigten Staaten von Brasilien vom 15. November v. J. ab die Küstenschiffahrt nur noch von einheimischen Schiffen betrieben werden, durch einen erlaßten Gesetz in jedem der fremden Flaggern das Recht zur Betriebserteilung an der Küstenschiffahrt in Brasilien noch bis zum November 1895 zugestanden werden.“

Heppens, 8. Februar. Gestern Abend findet in Ross's Gasthaus eine vom Gemeindevorsteher Herrn Alten einberufene Gemeindebürgerversammlung statt, um den event. Anschluß der Gemeinde Heppens an die elektrische Beleuchtung zu beschreiten. — In der am Mittwoch in Tonndieck bei Herrn Frier stattgefundenen Versammlung der Hausbesitzer in dieser Sache, wurde nach Vorträgen der Herren Joh. (Vater und Sohn) aus Wilhelmshaven beschlossen, den Gemeinderath zu ersuchen, die Sache in die Hand zu nehmen und für Einführung des elektrischen Lichtes zu sorgen. Herr Joh. sen. teilte in seinem Referate mit, daß auf dem neuen Marktplatz in Heppens eine Zentralstelle für elektrische Beleuchtung errichtet werden solle und die Gemeinde Heppens sich bald entscheiden müsse, ob sie sich Tonndieck und Heppens anschließen wolle. Über den Kostenpunkt sprach Herr Joh. jun., daß für Tonndieck die Anlage 3640 M. und das Licht pro Stunde 3 M. kosten würde. Er behauptete, daß es billiger sein würde, als Goslar, was Herr G. Busch, und nicht mit Unrecht, bestreitet. Vorläufig sei elektrisches Licht nicht billiger als anderes Licht, meinte Herr Busch, aber es sei das Licht der Zukunft und hätte größere Bequemlichkeit und Annehmlichkeit. Auf die Stellungnahme des Gemeinderathes kann man gewiss sein.

Oldenburg, 7. Februar. Die Bismarckmäuse unter den Oldenburger Spiehern können sich immer noch nicht über die Ortsstaatsverfassungsvertreterwahl beruhigen und sind sie jetzt dem B. angekommen. Unbedecktheitweise fangen sie anhaft beim A. hinten beim B. an. Dieser B. der heute nun seinen Kohl in den „Nacht. f. Stadt u. Land“ breittritt, schulmeistert den A., der sich herausgenommen hat, der Wahrheit entsprechend eine Liane für die verleumdeten Sozialdemokraten zu brechen und das Vergehen des Handwerkervereins zu tadeln. Es ist schade, daß die Redaktion der Nachrichten die Diskussion über die schaurige Geschichte geschlossen hat, da wir dadurch um das Vergnügen gelommen sind, noch mehr „Stimmen aus dem Publikum“ über die Sache zu hören. Wenn auch Geist und Stil dieser in Druderschwärze umgewandelten Stimmen das Papier nicht wert sind, auf dem die Druderschwärze verschwendet wird, so macht uns doch die Furcht, die aus dem Siegesgeschrei der Handwerkervereine und Bierphilister spricht, großes Vergnügen. Ohne Zweifel hat der Vorstand des Handwerkervereins wenigstens die Rettungsmedaille verdient, denn er hat die Stadt vor der sozialdemokratischen Herrschaft und vor der Anarchie gerettet. Dieser Vorstand scheint übrigens aus durchaus politischen und arbeiterfreundlichen Männern zu bestehen, wie er sich denn auch in einem Vertheidigungssatzel gegen den A. eingesetzt. Über alle Maßen selbig lobt: „Der Handwerkerverein hat es für seine Pflicht gehalten, der Bitte der Arbeiter um Unterstützung zu entsprechen“, heißt es z. B. da. Wir glauben das sehr gerne und machen ihnen keinen Vorwurf daraus, doch mögen die Herren eine ihrer Pflicht, dem Beräuber Ephialtes zu folgen, um den Bacchusmontern, die den Engpaß von Thermopylae vertheidigten, in den Rücken zu fallen.“ Wenn die Herren vom Vorstand doch mal sagen wollten, was das für Arbeiter, oder um im Gleichnis zu reden, was das für Hasen gewesen sind, die den Fuchs um Hilfe gebeten. Obdachlos ist es ganz gleichgültig ih, wen die Hasen gewesen, falls das Märchen von der hilfsuchenden Arbeiterschaft sofort zusammen, wenn Namen genannt werden. Weiter mag der Vorstand des Handwerkervereins seine Mitglieder und kostige englische Speiser, welche die Bismarckmäuse tief über die Oren gezogen haben, mit seinen Brüdern von der Wartburg des Geschäftes, dem Schuh der friedliebenden Arbeiter über seine schmale, unvorhersagbare Agitationswiese hinwegzuschicken, um täuschen die klugen Leute nicht, sondern wir nagen sie einfach fest und verlangen nun endlich den Beweis für die treue Behauptung, daß die Sozialdemokraten Politik in die Ortsstaatsverfassung bringen wollten. Weiter verlören

wir von den leichtfertig mit Beschuldigungen um sich werfenden Herren den Beweis dafür, daß von dem Parteidienst in Berlin die Lösung zum Sturm auf die Ortsstaatsverfassungs-Verwaltung ergangen. Diese Beweise können sie aber nicht belegen und so bleibt an ihnen die Beschuldigung hängen, Politik bei jener Wahl getrieben zu haben und zwar die schlimmste Politik, die es gibt — Interessenpolitik. Diese Politik, die sich in der Kasse schon breit zu machen versucht hat, wollte die Sozialdemokraten allerdings bekämpfen, daher ihr geschlossenes Vorgehen und sie werden auch noch die Interessenpolitiker und falschen Arbeitersfreunde, die die Masse der Gemeinwohligkeit vorgesäugt haben, zu Patrioten ziehen und besiegen. „Bei Philippo sehen wir und wieder.“

Bremen, 7. Februar. Nach einem Berichte des Seemannsamtes sind im Laufe des vergangenen Jahres nicht weniger als 549 Seeleute von bremischen Schiffen deportiert; darunter waren 50 Bremer, 452 sonstige Deutsche und 47 Ausländer. — Der Nord. Lloyd wies 100 Pfund Sterling als Belohnung für den Kapitän und die Mannschaft der „Wildflower“ an.

Vermischtes.

— Wer untergräbt die Ehe? Aus Karlsruhe wird telegraphiert: „In einem hübschen Hotel erhöht sich gestern Abend ein Liebespaar, der Taxizier Friedrich Bündschu aus Boitdorf in Sachsen und seine Geliebte. Beide waren mittellos. In einem zurückgelassenen Brief wird gefragt, daß die Familienvorherrschaft beiden nicht gestattete, einander anzugehören und daß sie ein gemeinsames Grab münchten, um wenigstens im Tode vereint zu sein. Man sieht, nicht die bösen Sozialdemokraten, sondern die sozialen Verhältnisse, deren Veränderung wir zu erkämpfen bestrebt sind, untergraben die Institution der Ehe.“

— Die Scharlachepidemie beim Militär in Mainz ist immer noch im Zuschauen. Da den letzten acht Tagen hat das Infanterie-Regiment 23 neue Fälle. Im Ganzen sind in diesem Regiment 123 Mann erkrankt. 9 liegen sehr ernst daneben. Das 1. Infanterieregiment hat 9, das Kadettenkorps 5 Scharlachfälle.

— Ein Idyll aus dem Militärlaft. Aus Hamburg wird dem Montag gemeldet: In der vergangenen Nacht wurde ein Offizier des 31. Regiments in dem Wanzenbeker Pferdebahnwagen von einem Italiener bestohlen. Der Offizier machte von seiner Waffe Gebrauch und vertrieb den Dieb, der ancheinend schwer. Die Untersuchung ist eingeleitet.

— Vom Schneefeuern überrascht und ertrunken sind gestern Nachmittag auf offener See drei bißige Fischer, Namens Reichel, Meincke und Freitas, bei Warenkluse. Alle drei waren verheirathet. Sie hinterließen 13 Kinder. Die Leichen sind noch nicht gefunden. Die Bischöfliche wurden an's Ufer gespült.

— Vor der Fütte der Winterfeste wird aus Neustadt a. R. folgendes berichtet: Als dieser Tag der mit etwa dreiviertel Stunden Verzögerung von Neustadt um 9 Uhr 20 Min. fällige Schnellzug in Neustadt eintraf, waren an einem Abtheil zweiter Klasse während der Fahrt die Türen auf beiden Seiten sofort aufgetreten, daß alle Passagiere auf, zu öffnen, mißglückten. Den hier aussteigenden Reisenden blieb nichts Anderes übrig, als — durch's Fenster hinauszutreten.

— Eisenbahnglück. Am Montag Nachmittag wurden auf dem nicht geschlossenen Ueberweg bei Bude 14 der Straße Schädelbostadt durch die Maschine des von Magdeburg kommenden Personenzuges 85 die beiden Pferde eines Fuhrwagens überfahren und getötet. Der auf dem Wagen siebende Schädelbostadter blieb unverletzt und der Wagen wurde nur gering beschädigt. Die Untersuchung ist sofort eingeleitet.

— Eine Feuerbrunst zerstörte den größten Theil der Linoleumfabrik der Firma Williamson in Lancashire (England). Der Schaden beläuft sich auf 600 000 Mark.

Vereinskalender.

Bant-Wilhelmshaven.

— Verband der Zimmerer. Freitag, den 8. Februar, Abends 8 Uhr: Versammlung bei Hellermann.

— Freiwillige Feuerwehr. Sonnabend, den 9. Januar, Abends 8½ Uhr: Generalversammlung im Vereinsloka.

Briefkasten.

X. Z., Heppens: „Neue Deutsche Zeitung“, Frankfurt a. M., Buchpost 10. Ergeht alle 14 Tage. — J. D., Oldenburg: Das Cover ist leider nicht mehr vorhanden, doch können wir mit zwei Mann beweisen, daß der Brief zwischen 6 und 7 Uhr Morgens in Oldenburg abgestempelt, aber erst um Mittag zwischen 12 und 1 Uhr hier angekommen ist. — Wo steht denn der für heute in Aussicht gestellte Aufzug? — D. Ad.

Gedenket der hungrigen Vögel!

Wulf & Francksen



Ausstellung fertiger Betten.

Einschlafige Betten

Nr. 10

aus roth-grau gestreiftem Atlas
mit 16 Pfund Federn.

Oberbett 10,25
Unterbett 10,25
2 Räsen 7,—

Mt. 27,50
zweischläfig Mt. 31,—

Einschlafige Betten

Nr. 10b

aus roth-kunt gestreiftem Atlas
mit 16 Pfund Federn.

Oberbett 13,50
Unterbett 13,50
2 Räsen 9,—

Mt. 36,—
zweischläfig Mt. 40,50

Einschlafige Betten

Nr. 11

aus rothen oder roth-rota Atlas
mit 16 Pfund Halbdauinen.

Oberbett 17,50
Unterbett 17,50
2 Räsen 10,—

Mt. 45,—
zweischläfig Mt. 50,50

Einschlafige Betten

Nr. 12

Oberbett aus rothem Daunen-
topper, Unterbett aus roth. Atlas
mit 16 Pfund Daunen u. Federn.

Oberbett 22,—
Unterbett 20,50
2 Räsen 12,—

Mt. 54,50
zweischläfig Mt. 61,—



Landesbibliothek Oldenburg

Grosse öffentliche Gemeindebürger = Versammlung

am Sonnabend den 9. Februar 1895, Abends 8½ Uhr
im Saale des Herrn Heilemann, Vereinshaus „Zur Arche“ in Bant.

Tagessordnung:

- 1) Die Errichtung einer Fäkalien-Aufstalt seitens der Stadt Wilhelmshaven.
- 2) Kirchenrathswahl betreffend. 3) Diskussion.

Alle Gemeindebürger sind zu dieser Versammlung eingeladen.

Schulacht Neubremen.

Zur Hebung der Schulumlage nach dem Einkommen, 2. Halbjahr 1894/95 = 75 Prozent der Steuer, sehe Termine an am

9., 11. und 12. Februar cr.
je von Morgens 9 bis Mittags 1 Uhr, in meiner Wohnung, Grenzstraße 49.

Patann, Rechnungsführer.

Kath. Schulacht

Bant - Heppens - Neuende.

Die Hebung der Schulumlage pr. zweites Halbjahr 1894/95 wird am 13. Februar d. J., Nachmittag von 2 bis 7 Uhr in der Wohnung des Unterzeichneten, Neue Wilhelmshavener Straße 69 stattfinden. Bant, den 7. Februar 1895.

Der Schuljurat.
Robert de Boer.

Berfaus.

Der Pferdehändler Lübbe Djuren zu Noggerhude lädt am

Sonnabend den 9. d. M.

Nachmittags 1 Uhr anfangend bei der Behandlung des Gastwirths **Decker** zu Kopperhörn

20 allerbeste litthauer und russische Doppel-Ponys

mit Zahlungsfrist öffentlich meistbietend verkaufen.

Neuende, 1. Februar 1895.

H. Gerdens,
Auktionator.

Waaren-Haus B. H. Bührmann.

Barchendhemde

mit doppelter Brust
für Männer

Stück 85 Pf.

Sämtliche Arbeitszeuge:

blaueinene Blousen,
Leberhosen, Engl. Leder- und Fünfschaft-Hosen usw.
in nur allerbesten Qualitäten
zu unerreicht niedrigen Preisen.

Für Masken-Bälle

empfiehlt mein großartiges Lager in

Masken, Gold- und Silberwaaren

als:

Spitzen, Franzen, Gold- und Silberlitzen, Schnüre, Schellen, Sterne, Glitter und Schmuckwaaren etc.

Blumen, Handschuhe, Corsets.

Ballattas in allen Farben 60 Pf. Karbigen Sammet in prächtlichen Farben Mf. 1.— Ballhandschuhe 30 bis 60 Pf. Ballstrümpfe von 15 Pf. an. Seidene Bänder Meter von 8 Pf. an. Corsets in großer Auswahl zu äußersten Preisen. Wächer wieder neu eingetroffen in hübscher Auswahl von 40 Pf. an bis zu den feinsten.

Heinrich Hitzegrad,

Werftstraße, Bant.

Starke feste Sohlen,

guten Sohlsleder-Absatz
sowie sämtlich Schuhmacher-Bedarfs-
artikel empfiehlt billig

Emil Burgwitz,

Lederhandlung,
Wilhelmshaven, Noorstr. 75.

habt 500 Tr. weißmehlige und
blaurothe

Kartoffeln

zu verkaufen.

A. Neemann,
Gummihändler, Altbennens.

Süßrahm-Kronen-Margarine

von Anton Jurgens Prinzen & Comp. ist wegen ihres vorzüglichen Geschmacks der besten Naturbutter gleichzutun.

Jedes Paetel, welches mit der vollen Firma: Anton Jurgens Prinzen & Comp. vertrieben ist das Pfund für 48 Pf. in Wilhelmshaven und Umgegend nur allein käuflich bei

E. Bakker,
Bismarckstraße.

Eilig, Eilig!

zur Marktstr. 25

zum
Waarenhaus für Gelegenheitskäufe

hin, wo tagtäglich
großer Ausverkauf

zu Auktions- und Taxpreisen

stattfindet.

Einsetzen

künstlicher Zahne und ganzer Gebisse, Plombiren nur von bestem Material und vollkommen schmerzlos.

Sämtliche Zahn-Operationen werden bestens ausgeführt.

R. Pape, Zahntechniker,
Alte Straße 17.

Unter Nr. 28

verkaufe eine kleine 5 Pf. Zigarre.

E. H. Bredehorn, Neuestr.

Parfüms

in verschiedenen Größen, in Flaschen und losen, Medizin. und Toilette-Seifen

empfiehlt die

Drogerie zum Rothen Kreuz,

Werftstraße 10.

Eine große, graue

Dogge

(1 Jahr alt) ist billig zu verkaufen.

Paul Bartels, Victoriastr. 4a.

Der Einberufer.

Männer-Toraverein „Germania“.

Sonnabend den 9. Februar
Abends 8½ Uhr

Mitglieder - Versammlung
im Vereinslokal.

Um zahlreiches Ertheilen erucht

Der Vorstand.

Damen- u. Herren- Perrücken

sowie Bärte

für Karneval- und Theater-
Aufführungen, verleiht zu den
billigsten Preisen

W. Morisse,
Noonstraße 75 b.

Zu vermieten

eine kleine Überwohnung.
E. Müller, Kopperhörn, Marienstr. 3.

Zu vermieten

zum 1. Mai eine Etage und eine
Überwohnung, mit je vier Räumen.
E. Beilschmidt, N. Wilhelmsh. Str. 44.

Zu vermieten

eine fünfraum. Überwohnung sowie
eine dreiraum. Unterwohnung, beide
mit großem Garten.

Friedrich Eggerichs, Neuende.

Zu vermieten

in der Neuen Wilhelmsh. Straße eine
Überwohnung.

Bon wem? ist zu erfragen in der
Expedition d. Bl.

Gutes Logis für einen jg. Mann
Grenzstr. 21, 1 Tr., Eingang Börsenstr.

Zu verkaufen

drei neue Spiegel und ein neuer
Schreibtisch mit Aufzäg.
Grenzstraße 67.

Gesucht

zum 1. März ein Lehrling.
E. Richter, Klempner u. Dachdeckerstr.,
Heppens, Schulstraße 8.

Waaren-Haus B. H. Bührmann.

Hemdentuch per Meter 18 Pf.

